

Nächster Schritt: Annexion

Das Recht des Stärkeren soll den israelisch-palästinensischen Konflikt entscheiden und beendet damit den Multilateralismus

Von Riad Othman

Im März 2020 vollzog sich in Kufr Aqab, das seit der israelischen Annexion Ost-Jerusalems als Teil Israels gilt, aber vom Rest der Stadt durch eine Mauer getrennt ist, etwas Bemerkenswertes: Als ein Fatah-nahes Komitee von Freiwilligen versuchte, Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus durchzusetzen, stieß es auf Widerstand unter Anwohner*innen. Ein Wort gab das andere, die Situation eskalierte, es fielen Schüsse. Dem eigenen Selbstverständnis zufolge wäre die israelische Polizei die zuständige Ordnungsmacht und damit gefordert gewesen einzugreifen. Sie tat es nicht. Stattdessen rückten palästinensische Polizeieinheiten aus Ramallah in mehreren gepanzerten Mannschaftswagen an. Die paradoxe Situation: Bewaffnete palästinensische Kräfte der [Elite-] Einheit 101 sorgten mit dem Segen der israelischen Regierung auf „israelischem Territorium“ unter Palästinenser*innen für Ordnung.

Solche Ereignisse bekommen vor dem Hintergrund des „Jahrhundert-Deals“ der US-Administration und der israelischen Annexionsabsichten ein besonderes Gewicht. Sie signalisieren, wo die israelische Führung die künftige Verantwortung für unerwünschte palästinensische Bevölkerungsteile sehen könnte, nämlich in Ramallah. Benjamin Netanjahu spricht mit

Blick auf die palästinensische Zukunft von einem „Staat minus“, einem Gebilde ohne zusammenhängendes Staatsgebiet, ohne eigene Außengrenzen, ohne Militär, ohne Hoheitsrechte. Die im US-Plan vorgesehenen Verkehrsadern zwischen den ansonsten abgeriegelten palästinensischen Enklaven fanden sich so unter anderem auch 2012 im Wahlkampf der Siedlerpartei „Das Jüdische Heim“, als diese für die vollständige Annexion der C-Gebiete warb. Man könnte meinen, Trumps Schwiegersohn, Jared Kushner, der für den „Jahrhundertplan“ verantwortlich zeichnet, habe sich davon inspirieren lassen.

Bei einer Umsetzung dieses Plans könnte mittel- bis langfristig eine Art Gaza-fizierung der palästinensischen Städte auf der West Bank drohen. Unerwünschte Bevölkerungsteile werden in Enklaven gehalten. Ihre Bewegungsfreiheit beschränkt sich auf den Wechsel von einer Enklave in die andere. Kommt es zu Unruhen oder Aufständen gegen diese Form der Einpferchung, lassen sich die Verbindungen zwischen den einzelnen Inseln des Archipels sofort kappen. Dazu bedarf es nicht einmal einer besonderen Truppenstärke.

Den Palästinenser*innen, die sich im Fall einer

Aus Ausgabe 2 / 2020 des Rundschreibens von Medico International

Hinweis Pako Stuttgart: *Da der zuvor funktionierende Link (www.medico.de/blog/naechster-schritt-annexion-17812) zum Artikel auf der Website medico.de nicht mehr funktionierte, der Artikel aber dennoch online zur Verfügung gestellt wurde, haben wir ein PDF daraus erstellt, weil der Artikel nicht mehr sehr einfach zu finden war.*

Annexion auf israelischem Staatsgebiet wiederfinden, will Premier Netanjahu nicht die israelische Staatsbürgerschaft anbieten. Vielmehr gibt er sie in die Verantwortung der palästinensischen Selbstverwaltung. Die Idee macht den ganzen Widersinn deutlich, weil es keine palästinensischen Hoheitsrechte an den Wohnorten der Betroffenen geben wird. So zu tun, als seien sie Angehörige eines eigentlich für sie verantwortlichen und zuständigen palästinensischen Staates, die irgendwie von Israels Gnaden weiter auf dem annektierten Gebiet leben dürften, führt dazu, dass Menschen innerhalb desselben Territoriums unter demselben Souverän – nämlich dem einzigen und in diesem Fall israelischen – je nach ethnoreligiöser Zugehörigkeit unterschiedliche Rechte haben werden.

Israelische Regierungen haben seit Jahrzehnten rechtlich bindende Resolutionen der Vereinten Nationen ignoriert und verletzt. Zugleich begründen sie die Legitimität ihres Staates mit dem UN-Teilungsbeschluss von 1947. In diesem offenkundig instrumentellen Verhältnis zur UNO erhielten sie politischen und rechtlichen Schutz durch das bis 2016 routinemäßig abgegebene Veto der USA im UN Sicherheitsrat, zudem handfeste Unterstützung in Form von Militärhilfen, auch unter Barack Obama. Nie aber wurde Israel so offensichtlich zu schweren Brüchen des Völkerrechts ermuntert wie unter der Regierung Trump. Die USA haben Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt, was für weltweite Empörung sorgte, denn der Status Jerusalems ist einer der Hauptstreitpunkte für eine mögliche Konfliktregelung. Sie haben dem Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge UNRWA den Geldhahn zugedreht und stattdessen den Regierungen Libanons und Jordaniens Geld angeboten, damit sie die Flüchtlinge behalten und einbürgern. Die Regelung der Flüchtlingsfrage als weiterer zentraler Streitpunkt soll so ebenfalls hand-

streichartig zugunsten Israels entschieden werden. Jared Kushner hat in dem Plan zudem noch die Idee des Bevölkerungstransfers aufgegriffen, wie sie die extreme Rechte in Israel vertritt: Diese träumt davon, einen wesentlichen Teil der palästinensischen Staatsbürger*innen Israels im Fall einer Konfliktregelung durch einen Gebietstausch loszuwerden.

Die Regelung dieser zentralen Streitpunkte nach den Vorstellungen der israelischen Regierung wird als Bedingung für Gespräche gesetzt. Zudem sieht der US-Plan vor, dass das Jordantal unter israelischer Souveränität verbleiben soll – das macht allein 30 Prozent der Fläche der Westbank aus. Damit greift Washington einer ernstzunehmenden Verhandlung über den dritten großen Streitpunkt vor, die Festlegung der Grenzen. Die USA sind damit unmissverständlich auf der Seite der rechtsnationalen Regierung in Israel und gegen das Völkerrecht positioniert. Zur bedingungslosen Aufgabe der eigenen Rechte nach den Wünschen Trumps und Netanjahus bedürfen die Palästinenser*innen tatsächlich keiner Verhandlungen unter US-Ägide. Wenn es nach Trump geht, bleibt ihnen nur noch die Unterwerfung.

In dieser Situation, in der die Trump-Administration durch mit militärischer Vormacht geschaffene Fakten im Nachhinein legitimiert, stellte sich die deutsche Bundesregierung gegen eine der wenigen noch vorhandenen Möglichkeiten des Multilateralismus und des Völkerrechts: Durch seinen Status als beobachtender nicht-Mitgliedsstaat bei der UNO konnte Palästina dem Rom-Statut beitreten, hatte den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) als juristische Instanz anerkannt und darum ersucht, sich mit der Situation vor Ort zu befassen. Im Rahmen solcher Untersuchungen können interessierte Parteien als „Freund der Kurie“ (*amicus curiae*) den Gerichtshof bei der Einschätzung mit eigener rechtlicher Expertise unterstützen. In diesem

Fall schien es der Bundesregierung angebracht, dem ICC offiziell zu übermitteln, dass das Gericht vor Ort keine Jurisdiktion habe, weil Palästina kein Staat sei. Damit folgte das Auswärtige Amt der Argumentation der Regierung Netanjahu und erhöhte den Druck auf die Kammer, um ein Verfahren gegen den Staat Israel abzuwenden. Das geschah, nachdem der politische Teil des Trump-Plans Ende Januar veröffentlicht worden war und den Weg für weitere Annexionen durch Israel geöffnet hatte, weil die Siedlungen nun mal Tatsachen seien, die es zu akzeptieren gelte.

Daher erscheint es höchst zweifelhaft, dass die Bundesrepublik ihren temporären Sitz im UN-Sicherheitsrat und den EU-Vorsitz 2020 dazu nutzen wird, der geplanten Annexion mehr als mahnende Worte entgegenzusetzen. Gerade angesichts der Tatsache, dass die Regeln des internationalen Umgangs, die Menschenrechte und die UN Charta nicht nur in dieser Frage (und keineswegs nur von den USA und Israel) mit Füßen getreten werden, sollte die EU das Völkerrecht und den Multilateralismus verteidigen – nicht nur, aber auch in Israel und Palästina. Wenn sie auf die Pläne der israelischen Regierung nicht reagiert, sind weitere Regelverletzungen und Rechtsbrüche in unterschiedlichen Zusammenhängen durch vielerlei Akteure zu erwarten. Vor den negativen Folgen für eine regelbasierte globale Ordnung warnten im Zusammenhang mit der drohenden Annexion auch 1.080 Abgeordnete aus 25 Ländern Europas.

Eine geschlossene Reaktion aus der EU ist wohl dennoch kaum zu erwarten. Netanjahu hat in den letzten Jahren erfolgreich Bündnisse mit Rechtspopulisten auch in Europa vorangetrieben, die Israel für seine Vision einer Ethnokratie und den harten Umgang mit Geflüchteten und nationalen Minderheiten bewundern. Was bleibt, sind bilaterale Maßnahmen, um die israelische Regierung von ihrem Vorha-

ben abzubringen. Von Deutschland ist in der Richtung unter Verweis auf die deutsch-jüdische Geschichte außer einem kritischen Wort unter Freunden wenig bis nichts zu erwarten.

Zwar kippte der Oberste Gerichtshof in Israel kürzlich das im Februar 2017 verabschiedete Regulierungsgesetz, das die rückwirkende Legalisierung von Siedlungen und Außenposten ermöglichte, die selbst nach israelischem Verständnis rechtswidrig auf palästinensischem Land gebaut worden waren. Den weiteren Siedlungsbau wird der Gerichtsbeschluss jedoch nicht stoppen. Und es ist zu fürchten, dass er auch die Annexion nicht aufhalten wird.



Riad Othman ist Nahostreferent bei medico. Er leitete mehrere Jahre das medico-Büro in Ramallah und weiß, was eine Annexion für die Palästinenser*innen bedeuten würde.

Der möglichen Annexion der C-Gebiete im Westjordanland geht eine jahrelange israelische Landnahme und administrative Behinderung vorweg, über die medico und die Partner*innen aus Israel und Palästina ein ganzes Buch schreiben könnten. So wird palästinensischen Bauern- und Hirtenfamilien schleichend die Existenzgrundlage entzogen, etwa indem ihr Zugang zu Wasser eingeschränkt wird. medico kooperiert mit der palästinensischen Union of Agricultural Work Committees, die Familien in der Landwirtschaft und Kleinviehzucht unterstützt. Unser israelischer Partner Kerem Navot dokumentiert die widerrechtliche israelische Landnahme.

Spendenstichwort: Israel-Palästina